

einen dritten König zu wählen, entschiedenen Widerspruch. Unter der Voraussetzung, dass unser Brief bis auf Adresse und Datierung vollständig ist, bin ich versucht das *argumentum ex silentio* anzuwenden und die Muthmassung zu äussern, er sei abgegangen, bevor man an der Kurie von derartigen Absichten erfuhr und so einen dringenden Anlass zu Beschwerden erhielt. Am 8. Mai 1266 erwähnte der Papst zuerst, dass man Konradins Erhebung betreibe (Kempf 245). So ist denn unser Schreiben vielleicht als unmittelbare Folge davon zu betrachten, dass die Mittheilung an den Erzbischof von Sevilla bis nach Deutschland gedrungen war. Bei der Annahme einer längeren zeitlichen Entfernung zwischen den beiden Richtigstellungen gewinnt einer der Unterschiede in ihnen an Bedeutung. In der ersten versichert Clemens: *cum sit intentionis nostrae*, . . . — in der zweiten: *Nec intentionis . . . nostrae unquam extitit vel existit*. Dass es aber einige Jahre später zu einer Wiederholung kam, mag etwa nahe legen zu denken, die erste sei nutzlos gewesen, ergiebt sich jedoch auch ohne weiteres aus der Art des langen Schreibens an Ottokar, dem darin in Umrissen die Entwicklung des Thronstreites vorgeführt wird.

Georg Sievers.

Ueber die Datirung des Landfriedens Herzog Otakars für Oesterreich. Der für die ältere Rechtsgeschichte Oesterreichs so wichtige otakarische Landfrieden, welchen man seit langem nach dem Vorgang seines letzten Herausgebers ¹⁾ ziemlich allgemein ²⁾ in das Jahr 1251 setzte, hat in jüngster Zeit von zwei Seiten eine andere und zwar verschiedene Datirung erfahren. Bei der Neuausgabe in den Mon. Germ. (1896) haben ihn Weiland-Schwalm in die Zeit von 1256—1261 verwiesen ³⁾ und anderseits ist A. v. Wretschko nachher (1897) für das Jahr 1254 eingetreten ⁴⁾. Letzterer hat dabei allerdings übersehen, dass schon A. Rauch seinerzeit, da er dieses Rechtsdenkmal zum erstenmal publicirte ⁵⁾, dieselbe Ansicht mit wesentlich gleicher Begründung

¹⁾ Chmel im Arch. f. österr. Gesch. 1, 55.

²⁾ Nur Krones (Umriss des Geschichtslebens der deutsch-österr. Ländergruppe S. 425) setzte denselben in das Jahr 1255, ohne jedoch diese abweichende Ansicht zu begründen. — Die jüngst von Bachmann (Lehrbuch der österr. Reichsgeschichte S. 87) gegebene Zuweisung: „wahrscheinlich von 1252“ schliesst sich wesentlich doch jener allgemein gang und gäben (zu 1251) an. Vgl. ebenda A. 1.

³⁾ Constitutiones 2, 604 ff.

⁴⁾ Das österr. Marschallamt im Mittelalter S. 65 n. 120.

⁵⁾ In dem heute schon recht seltenen Anhang zum 3. Bde. seiner österr.

vertrat, er hat auch nicht bemerkt, dass ich selbst bereits 1895 neuerlich für die Auffassung Rauch's mich aussprach ¹⁾. Kam ich auch bis jetzt nicht dazu, diese meine Ansicht zu begründen, so meine ich, obwohl Wretschko mir darin zuvorgekommen ist, doch auf die Veröffentlichung meiner Argumente nicht verzichten zu sollen, da mir einerseits die Bemerkungen Wretschko's allein nicht beweiskräftig genug erscheinen, anderseits aber auch dabei einige kleine Irrthümer mit unterlaufen sind.

Die Annahme, von welcher die Herausgeber in den Mon. Germ. ausgingen, dass dieser Lfr. im Wortlaut einzelner Bestimmungen den bairischen Lfr. von 1256 bereits voraussetze und zwischen beiden ein Abhängigkeitsverhältnis bestehe, hat, wie mir scheint, wenig überzeugend gewirkt. Nicht nur Wretschko zieht die Zulässigkeit derselben in Frage, auch Luschin konnte sich dafür nicht begeistern ²⁾. Sie ist thatsächlich nicht begründet. Nur eine einzige Bestimmung vermögen die Vertreter dieser Ansicht anzuführen, die für jene Benützung des bairischen Lfr. vom Jahre 1256 sprechen soll ³⁾. Und auch dieser einzige Paragraph hinwiederum ist nicht ganz jener Vorlage entlehnt. Auch er ist gleichlautend schon im Lfr. von 1244 enthalten. Der kurze Nachsatz allein ist, meinen sie, aus dem Lfr. von 1256 genommen. Ich führe den Text der betreffenden Stelle nach den drei in Betracht kommenden Quellen hier an.

bair. Lfr. von 1244	Lfr. Otakars (25):	bair. Lfr. von 1256
(48):	Iz sol auch nieman	(40):
Item nullus habeat	dehaein veste bowen, der	Ez sol nieman dehain
castrum vel aliquod mu-	niht hat drizzech phunt	burch haben, er hab darzu
nimen, nisi redditus ha-	geltes umb diselben veste.	drizzech phunt geltes.
beat ad illud XXX libra-	Ist aber deheinniu	Oder man sol di burch
rum.	daruber gebowen,	brechen.
	di sol man brechen.	

Geschichte: „Sammlung einiger bisher ungedruckten, oder aus den Urschriften gezogenen Urkunden“ Wien 1781 n° XIII.

¹⁾ Vgl. M. Vancsa, Das erste Auftreten der deutschen Sprache in den Urkunden (Preisschr. d. fürstl. Jablonowski'schen Gesellsch. zu Leipzig 30) S. 6 N. 3.

²⁾ Die Anfänge der Landstände Hist. Zeitschr. 78, 438 Anm. 1. — Wenn Motloch (Krit. Vierteljahrschrift für Gesetzg. u. Rechtswiss. 3. F. 3, 544 Anm. 1) im Anschlusse an sie die Möglichkeit eines Zusammenhanges zwischen diesem Lfr. und jenem Gespräch von Wien annimmt, von welchem uns ein in der jüngst publicirten Wiener Briefsammlung enthaltener Brief (Herbst 1255: Mitth. aus d. Vatican. Arch. 2, 4) Nachricht gibt, so ist das im voraus schon deshalb unwahrscheinlich, weil es sich dort allem Anscheine nach um Reichsangelegenheiten handelte, hier aber eine specifisch österreichische Verordnung vorliegt.

³⁾ § 25 dieser Ausgabe. Die beiden anderen §§, auf welche sie noch verweisen (13 u. 23), finden sich schon im bair. Landfrieden von 1244 (66 u. 24).

Die Unsicherheit dieser Beweisführung springt in die Augen. Denn abgesehen davon, dass die Fassung selbst nicht einmal ganz congruent ist, besteht des weiteren noch ein sachlicher Unterschied. Während es sich in den bairischen Bestimmungen gleichmässig um das Recht Burgen zu halten handelt, wendet sich Otakar vor allem gegen den Neubau solcher, beziehungsweise gegen die mit Umgehung jener Bestimmung erbauten Vesten. Wie wenig überdies dieser eine Satz auch sachlich zu einer solchen Annahme berechtigt, hat Wretschko schon angedeutet. Muss man wirklich zu dem so beliebten Mittel des Vorlagennachweises greifen, ihn hier erklärlich, ja natürlich finden? Wir wissen ja, dass gerade Otakar schon am Beginn seiner Herrschaft in Oesterreich gegen den Burgenbau auftrat. Einzelne Fälle sind urkundlich belegt. Ich erinnere hier nur an die Bestimmung in dem Neustädter Privileg vom Jahre 1253 ¹⁾. Der kurze Nachsatz, an sich nur eine Ausführungsbestimmung — die Schlussfolgerung gewissermassen — zu der unmittelbar vorausgehenden Verordnung, kann hier nicht auffallend erscheinen. Er ist nicht von einer solchen Eigenart oder Bedeutung, allein die Annahme einer Abhängigkeit dieses Lfr. von jenem bairischen (1256) zu rechtfertigen, geschweige denn jene ganze sich nur darauf aufbauende Hypothese.

Lässt sich für diese somit recht wenig vorbringen, so spricht sehr viel gegen dieselbe. Gerade die markanteste Bestimmung dieses Lfr., jene, die vor allem in der Rechtsgeschichte Oesterreichs Verwerthung gefunden hat, ist nämlich mit ihr unvereinbar. Ich meine den über die Einsetzung von vier Landrichtern Nachricht gebenden Artikel (§ 17). Diese Bestellung von vier Landrichtern bedeutet eine Neuerung, welche Otakar unter Abänderung der bisherigen Gerichtsverfassung in Oesterreich vornahm. Denn während früher der Landesherr selbst zumeist die höhere Gerichtsbarkeit übte und neben ihm nur ein „Richter an seiner statt“ erscheint, wurden nunmehr vier obere Richter zu ständiger Amtsführung bestellt und an diese ein Theil der bis dahin dem Landesherrn vorbehaltenen Gerichtsgewalt übertragen. Von einer so bedeutsamen Umwandlung einer wichtigen Verfassungs-Institution darf man erwarten, dass sie auch in den Urkunden der betreffenden Zeit zu entsprechendem Ausdruck gekommen sei. Und das ist thatsächlich auch der Fall. Die Urkunde allerdings, welche Wretschko allein heranzog, um jene Neuordnung in ihrer praktischen Wirksamkeit zu

¹⁾ Nec ab aliquo infra terminos iudicii civitatis municionem aliquam erigi permittemus et que erecta est infra rastam . . . dirui faciemus G. Winter, Urkundl. Beitr. z. Rechtsgesch. ober- u. niederöstr. Städte S. 11 ff.

illustriren, spricht ebensowenig für seine Datirung, als gegen jene neue Ansetzung (1256—1261). Sie ist nämlich am 29. August 1256 ausgestellt ¹⁾. Auch für eine andere Urkunde (Otakars), die jedenfalls hier mit zu beachten ist, da deren Wortlaut bereits auf das Vorhandensein mehrerer Landrichter im Sinne unseres Lfr. schliessen lässt ²⁾, hat das Gleiche zu gelten. Sie gehört in dasselbe Jahr 1256 und datirt nur kurze Zeit früher (19. Juli).

Jedoch lässt sich darüber hinaus ein bedeutsamer Anhaltspunkt dafür finden, dass jene Neuordnung der Gerichtsverfassung schon früher durchgeführt worden sei. Heinrich von Hausbach, der 1256 neben Otto von Meissau urkundlich als Landrichter auftritt und somit offenbar als einer der von Otakar eingesetzten vier Landrichter zu betrachten ist, nennt sich selbst in einer Urkunde des Jahres 1255 ³⁾: *iudex a duce Ottocharo per Austriam constitutus*. Diese Ausdrucksweise ist ganz ungewöhnlich. Sie weicht von dem regelmässigen Brauche der Urkunden, die Amtsbezeichnung einfach (*iudex provincialis*) oder mit Angabe des Amtsbezirktes (*iudex provincialis Austriae*) anzugeben, in einer Weise ab, die auf einen besonderen Anlass schliessen lässt. Indem sie andererseits die Einsetzung durch Otakar besonders hervorhebt, deutet sie damit auf eine specielle Verfügung, welche von diesem getroffen worden war. Ob wohl diese auffallende Bezeichnungsweise in einem gewissen Zusammenhang steht mit jener Bestimmung des Lfr.? Damals, das ist klar, war letztere bereits praktisch durchgeführt worden.

Diese Urkunde gehört, wie gesagt, in das Jahr 1255. Beachten wir aber näher das Datum derselben — sie ist zu Beginn des Jahres, am 2. März, ausgestellt — so erscheint es nicht unwahrscheinlich, dass jene Einsetzung zum Landrichter durch Otakar selbst bereits im Jahre vorher, 1254, erfolgt sei. Otakar war nämlich nach dem Zeugnis seines uns bekannten Itineraires damals seit November 1254 nicht in Oesterreich.

So spricht der Befund der Urkunden entschieden gegen die zuletzt vorgenommene Datirung dieses Lfr. Er kann unmöglich erst in der Zeit von 1256—1261 erlassen worden sein, da eine seiner hervor-

¹⁾ Font. rer. Austr. II. 31, 191.

²⁾ Otakar beurkundet da eine Rechtshandlung, die vollzogen wurde: *in xta sententiam iudicum nostrorum provincialium ac nobilium nostrorum Austrie tunc presentium* Font. rer. Austr. II. 11, 133. Unter den Zeugen aber erscheinen obenan: Heinrich von Hausbach und Otto von Meissau, dieselben, die miteinander jene andere Urkunde als *judices provinciales Austrie* ausstellen.

³⁾ Oberöstr. Urkundenb. 3, 214.

stechendsten Bestimmungen bereits 1254—5 zu praktischer Wirksamkeit gelangt war. Die Hypothese von Weiland-Schwalm in den *Mon. Germ.* wird unhaltbar.

Es bleibt also die früher gang und gäbe Zuweisung (zu 1251) übrig. Luschin hat thatsächlich jener neuen gegenüber an ihr festgehalten¹⁾, und ich glaube, dass auch die Bemerkungen Wretschko's sie nicht erschüttert haben. Denn die beiden Stellen aus den *Altaicher Annalen*, auf welche er aufmerksam macht²⁾, hatte schon Rauch seinerzeit mit diesem Lfr. in Zusammenhang gebracht³⁾, ohne damit infolge ihrer Farblosigkeit überzeugen zu können, dass sie „von einer nach Beendigung des Ungarkrieges erlassenen Friedensordnung berichten“, wie Wretschko meint. Dem Jahre 1251, d. h. der Zeit, da Otakar von Oesterreich Besitz ergriff, kann trotz der gegentheiligen Ansicht Wretschkos⁴⁾ nicht nur der nöthige Grad historischer Wahrscheinlichkeit für die Erlassung eines solchen Lfr. nicht abgesprochen werden, es scheint vielmehr dafür auch der Stand der Forschung über das ältere österreichische Landrichteramt zu sprechen, was Wretschko übersehen hat. Denn Siegel machte, da er zum erstenmale die urkundlichen Nachrichten über die ältesten Landrichter Oesterreichs zusammenstellte, solche schon für circa 1250 nahmhaft⁵⁾. Endlich besagt auch die Stelle, welche von dem geschworenen Rath der Landherrschaft handelt, bei eingehender Kenntnis der Verhältnisse nichts gegen die bisher beliebte Datirung. Wretschko spricht von einer „Einsetzung“ desselben, die durch diesen Lfr. verfügt worden sein soll. Der Wortlaut des be-

¹⁾ Die Anfänge der Landstände *Hist. Zeitschr.* 78, 438 N. 1.

²⁾ *Mon. Germ. SS.* 17, 393: *Extunc gratia divina donante ac probitate dieti domini faciente, pax ibidem optima renovatur, rura deserta coluntur, securum ubique acquirunt transitum mercatores und ebd. 397: Ipse autem Otakerus dux in tribus suis principatibus, videlicet Boemia, Moravia et Austria, tamquam princeps omni probitate preclarus, inopinatam et optimam pacem facit.*

³⁾ Er citierte dieselben allerdings unter anderem Titel, aus jüngeren Quellen (*breve Chron. Austriacum incerti auctoris* und dem sogen. *Chron. Augustense*), wo dieselben aus den *Altaicher Annalen* übernommen erscheinen. Uebrigens führte Rauch auch noch eine dritte ähnliche Stelle aus der *Contin. Garstensis* an. *Mon. Germ. SS.* 9, 600.

⁴⁾ Vergegenwärtigen wir uns, dass Otakar schon seit längerer Zeit (1248) mit den massgebenden Parteien in Oesterreich Beziehungen angeknüpft hatte und jedenfalls auf das beste über die politische Lage dort unterrichtet war, so liesse sich sehr wohl denken, dass er gleich bei seinem Einrücken daselbst einen solchen Lfr. verkündet habe. Oder hat Rudolf von Habsburg 25 Jahre später nicht auch gleich nach seinem Einzuge in Wien einen Lfr. erlassen, der sehr detaillirte und einschneidende Bestimmungen traf?

⁵⁾ *Sitz.-Ber. d. Wiener Ak.* 102, 259.

treffenden Paragraphen gibt an sich keinen Anlass zu einer solchen Auffassung. Sie erscheint umso weniger begründet, als gerade hier ein deutlicher Unterschied in der Fassung den anderen Verfügungen und insbesondere jenem Artikel gegenüber bemerkbar wird, der von der Einsetzung der Landrichter Nachricht gibt ¹⁾.

Die Ansicht, dass der geschworene Rath der Landherrs in Oesterreich zuerst unter Otakar auftrate, ist, soviel ich sehe, zuerst von Lorenz ausgesprochen worden, da er auf eine Urkunde für Göttsweih vom Jahre 1264 aufmerksam wurde, die einen Bericht mehrerer Räte Otakars (*consiliarii sui per Austriam*) enthält ²⁾. Obwohl Lorenz sich hiebei recht vorsichtig ausdrückte ³⁾, hat man in der Folge diese Annahme ohne nähere Prüfung ziemlich allgemein acceptirt. Ja Luschin hielt es zuletzt sogar für „nicht unwahrscheinlich, dass der geschworene Rath der Landherrs aus Böhmen nach Oesterreich kam“ ⁴⁾.

Thatsächlich lässt sich dieser Rath bereits am Beginn des 13. Jahrhunderts in Oesterreich nachweisen. Damals schon werden urkundlich *consiliarii* des Landesfürsten erwähnt ⁵⁾. Und das entspricht durchaus der organischen Entwicklung der Territorialverfassung, welche naturgemäss zur Ausbildung dieser, die Anfänge ständischer Rechte in sich schliessenden Institution hinführte. Auch in anderen Territorien Deutschlands taucht dieser Rath bereits Ende des 12. oder Anfang des 13. Jahrhunderts auf ⁶⁾.

Derselbe hatte damals schon wesentlich denselben Charakter, wie er sich für die Zeit Otakars näher nachweisen lässt. Ueberblicken wir die Zeugenreihen der Urkunden, in welchen der Landesfürst „nach

¹⁾ Während die übrigen Bestimmungen regelmässig mit: wir setzen und gebieten oder: wir wollen beginnen, heisst es hier (§ 18): wir haben auch unsern [rat] mit zwelf herren aus dem Lande.

²⁾ Font. rer. Austr. II. 8, 315.

³⁾ Er sprach von einer Institution, „die, wenn wir nicht irren, in gleicher Ausbildung früher nicht bestanden hat“. Deutsche Gesch. I, 349.

⁴⁾ Die Anfänge der Landstände Hist. Zeitschr. 78, 443.

⁵⁾ Urk. d. Herz. Leopold VI. für Lilienfeld vom J. 1209 Meiller, Babenberger Regesten 101, n^o 75.

⁶⁾ So in der Steiermark: 1192 (Oberöstr. UB 2, 436) vgl. dazu Zahn, steir. UB 1, 569; in Schwaben: 1198 (F. W. Unger, Gesch. d. deutschen Landstände I, 245); in Baiern mindestens seit Beginn des 13. Jahrhunderts (Oberöstr. UB 2, 620) vgl. dazu Quell. u. Erörterungen z. bair. u. deutschen Gesch. 5, 6 § 4 u. Notiz. Bl. d. Wr. Ak. 6, 538 n^o 1 u. 408 n^o 2. Die Ansicht Luschin's, der „wo nicht den Ursprung“, so „mindestens die ältesten Zeugnisse für das Vorhandensein eines geschworenen Rathes der Landesgrossen ausserhalb Deutschlands“ setzt (hist. Zeitschr. 78, 442), wird kaum zu halten sein.

Rath seiner Getreuen“ (*consilio fidelium*), „nach Rath seiner Grossen (oder Edlen“, *consilio magnorum* (oder *optimatum*), Verfügungen trifft ¹⁾, so finden wir die Namen derselben Grafen- und Ministerialen-Geschlechter, die nachweislich auch später, unter Otakar, in jenem Rathe Sitz und Stimme hatten ²⁾.

Es ist ein natürlicher Ausfluss dieser Entwicklung, wenn auch das österreichische Landrecht in seiner älteren Fassung (1237) an zwei Stellen dieses Rathes der Landherrschaft Erwähnung thut ³⁾. Bestand aber diese Institution schon früher, so ist klar, dass die österreichischen Grossen, welchen dieses Recht zustand, bei der Erwerbung Oesterreichs durch Otakar umsoweniger auf dasselbe werden verzichtet haben, als dieser zunächst auf ihre Unterstützung angewiesen war und ihnen, wie er selbst gelegentlich hervorhebt, seine Berufung verdankte ⁴⁾.

Die Einrichtung selbst war damals sicherlich nicht neu. Wir hören hier nur zum erstenmale Näheres über die Form und den Umfang, welchen dieselbe jetzt angenommen hatte.

All' diese Argumente also sind nicht darnach angethan, um die bisher allgemein angenommene Datirung unseres Lfr. aufzugeben. Wenn ich aber trotzdem wie vor der Ausgabe in den Mon. Germ. für die Rauch'sche Datirung auch jetzt eintrete, so bestimmen mich dabei andere Gründe.

Dieser Lfr. kann nicht Ende 1251, gleich nach der Besitzergreifung Oesterreichs durch Otakar, erlassen worden sein. Das sagt uns eine vordem nicht beachtete Stelle aus ihm selbst. „Wir wellen auch, heisst es im § 24, daz man allez daz rihte, daz geschehen ist, sit man alrest lantvride hat vor uns gesworn“. Es war also bereits früher einmal Landfriede vor Otakar beschworen worden. Es war, darauf deutet der Wortlaut, seitdem bereits eine gewisse Zeit verstrichen. Auch die neuesten Herausgeber desselben sind auf jene bedeutsame Stelle aufmerksam geworden. Sie meinten jedoch, dass auf diese jene Nachricht Hermanns von Altaich zu 1254 zu beziehen sei, welche seinerzeit Rauch und Wretschko nachher mit unserem Lfr. in Zusammenhang brachten.

¹⁾ Zum Theile zusammengestellt von Siegel, Die rechtliche Stellung der Dienstmannen in Oesterreich Sitz.-Ber. d. Wr. Akad. 102, 252.

²⁾ Das habe ich seinerzeit, da ich die spätere Entwicklung dieses Rathes behandelte, schon angedeutet. Vgl. Blätter des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich. 27, 244. Luschin hat diese Ausführungen allerdings nirgends (auch in seiner österr. Reichsgeschichte S. 177 nicht) berücksichtigt.

³⁾ Art. 15 u. 67.

⁴⁾ Vgl. Urk. Otakars vom 29. Apr. 1253 für Neustadt Böhmer, Reg. Otakars n^o 47 u. dazu Hermanns Altah. Ann. MG. SS. 17, 393.

Doch dem widerspricht der klare Wortlaut der Stelle selbst. Nicht auf die frühere Zeit überhaupt wird da Bezug genommen, sondern auf einen ganz bestimmten Zeitpunkt: Da man zum erstenmale (alrest) vor Otakar Landfriede beschwor. Das aber war sicherlich nicht erst 1254 der Fall. Die ganze politische Lage bei der Besitzergreifung Oesterreichs liess eine allgemeine Verpflichtung auf Landfrieden als erstes und dringendstes Bedürfnis erscheinen. Nicht ohne Begründung hat man ja bis jetzt vornehmlich mit Rücksicht darauf diesen Lfr. selbst in jene Zeit (1251) versetzt. Und zudem haben wir auch noch ein directes urkundliches Zeugnis dafür, dass Otakar nach seinem Einzuge in Oesterreich zu Neuburg, einer der alten Taidingstätten, eine öffentliche Landesversammlung gehalten, auf welcher er in Gegenwart der Grossen des Landes wichtige Verfügungen zur Wiederherstellung der Ordnung, zur Sicherung der alten Rechtsverhältnisse traf, wie sie zur Zeit der letzten Babenberger bestanden hatten ¹⁾. Damals — Ende des Jahres 1251 — ist offenbar auch „zuerst“ Landfriede vor ihm beschworen worden.

Der vorliegende Lfr. gehört, indem er auf jenen ersten zurückweist, einer späteren Zeit an. Er kann jedoch anderseits, das sahen wir früher, nicht nach 1254 erlassen worden sein. So vereinen sich die Argumente, welche gegen die beiden zuletzt unternommenen Datirungsversuche geltend gemacht werden konnten, die ursprüngliche Auffassung A. Rauch's zu empfehlen. Dieser Lfr. ist thatsächlich im Jahre 1254 erlassen worden. Das früher besprochene Hindernis aber, welches in der von Siegel aufgestellten Liste der ältesten Landrichter Oesterreichs gelegen scheint, hält näherer Betrachtung nicht Stand. Die Urkunden nämlich, welche das Vorkommen von Landrichtern ca. 1250 belegen sollen, sind undatirt und thatsächlich kein Grund vorhanden, sie so frühe anzusetzen ²⁾.

Ich komme nunmehr noch einmal auf jene vielfach citirte Stelle in den Annalen Hermanns von Altaich zurück. An sich betrachtet lag kein Grund vor, jene Nachricht, dass Otakar nach Beendigung des

¹⁾ Durch eine Urkunde Otakars für das Kloster Lambach von 1251 erfahren wir, dass derselbe die widerrechtlich in Anspruch genommene Vogtei über dieses Kloster sowohl als auch über andere, wie sie Herzog Friedrich (II.) inne gehabt hatte, an sich zog: *ad Niwenburch ad placitum generale, quod nos sollempniter duximus celebrandum presentibus ministerialibus Austrie universis*. Urkundenb. d. Landes ob d. E. 3, 178.

²⁾ Font. rer. Austr. II. 11, 121 u. 122. Der Umstand, dass Heinrich von Hausbach, welcher in diesen Urkunden als Landrichter bezeichnet wird, in einer datirten Urkunde vom 2. Mai 1250 selbst sich diesen Titel noch nicht bei gt (ebda. S. 119), spricht eher gegen jene ohne Begründung vorgenommene Zuweisung.

Ungarkrieges in seinen Ländern Frieden gemacht habe¹⁾, im Sinne dieses Lfr. zu deuten. Ja, es konnte der Umstand, dass der Autor jenes Friedenswerk Otakars auch auf Böhmen und Mähren bezieht, vielleicht sogar gegen diese Annahme ausgelegt werden, da wir wissen, dass unser Lfr. nur für Oesterreich bestimmt war. Und dass die anderen Quellen jener Zeit nichts von einem solchen berichten, durfte ein Grund mehr sein, dagegen Bedenken zu erheben.

Die thatsächliche Kenntniss dieses Lfr. also verdanken wir einer einzigen Handschrift. Ohne diese wäre derselbe uns gänzlich unbekannt geblieben. Diese Handschrift aber rührt — was bis jetzt nicht beachtet wurde — von demselben Manne her, der allein jene Nachricht zum Jahre 1254 überliefert hat: Hermann von Altaich. Sie enthält eine Sammlung von Notizen und Urkunden zur Geschichte von Nieder-Altaich, die von diesem angelegt wurde²⁾. Das Kloster hatte, wie bekannt, in Oesterreich nicht unbeträchtlichen Besitz; es ist daher sehr einleuchtend, dass die politischen Vorgänge hier für dasselbe von grossem Interesse waren. So wird begreiflich, dass dessen rühriger Abt Hermann, welcher auf die Wahrung und Sicherung der Rechte seines Klosters sorgsam Acht hatte, in seine Notizen- und Urkunden-Sammlung auch diesen Lfr. Herzog Otakars aufnahm. Manche Bestimmungen desselben waren ja auch für jenes von der grössten Bedeutung. Mit der Herstellung dieser in der Ueberlieferung liegenden näheren Beziehung zwischen unserem Lfr. und jener annalistischen Notiz gewinnt diese erheblich an Bedeutung. Wir dürften nunmehr wirklich berechtigt sein, sie auf jenen zu beziehen.

Diese Zuweisung nun, zu 1254, ist auch deshalb gesicherter, weil sich damit der Lfr. als organisches Glied in die Reihe der uns bekannten historischen Ereignisse jener Zeiten einfügt. Eben dies Moment der historischen Wahrscheinlichkeit haben die letzten Herausgeber so gut wie gar nicht beachtet. Wir suchten vergeblich nach einem Ereignis, das in der Zeit von 1256—1261 die Erlassung eines solchen Lfr. recht verständlich erscheinen liesse³⁾. Trefflich aber passt derselbe zu 1254, das heisst der Zeit, da mit dem Ofener Frieden (vom 3. April) der seit längerem fort währende Krieg mit Ungarn beendet ward. Diesem Frieden kommt ja eine weitere Bedeutung zu.

¹⁾ Vgl. oben S. 164 N. 2.

²⁾ Vgl. Chmel, Arch. für österr. Gesch. 1, 1.

³⁾ Das Jahr 1260 kann hier deshalb nicht in Betracht kommen, weil man nicht begreifen würde, weshalb dann — nach der definitiven Erwerbung der Steiermark — Otakar einen Lfr. nur für Oesterreich hätte erlassen haben sollen.

Es war nicht bloss die Beilegung einer kriegerischen Complication schlechthin, er stellt vielmehr einen bestimmten Ausgleich jener beiden Mächte dar, die seit dem Aussterben der Babenberger vornehmlich Ansprüche auf Oesterreich erhoben hatten, deren gemeinsames Interesse an dem Gewinn dieses Erbes eben zu jenem Zusammenstoss geführt hatte.

Otakar behauptete das von ihm bereits occupirte Oesterreich und gewann einen nicht unansehnlichen Theil bis dahin zum Herzogthum Steier gehörigen Gebietes hinzu. Im Osten Wiener-Neustadt und Pütten, im Westen aber den Traungau. Während die eigentliche Steiermark an Ungarn fiel, wurden mit der Ausscheidung jener von Otakar neu erworbenen Gebiete Oesterreich ungefähr jene Grenzen gegeben, welche die späteren Lande ob und unter der Enns in der Folge durch Jahrhunderte thatsächlich beibehielten. Es schien damals, als ob mit dieser Theilung des babenbergischen Besitzes die Ansprüche Böhmens und Ungarns definitiv geregelt seien.

Jetzt war die Zeit da, die wirren Verhältnisse Oesterreichs, das auch nach der Erwerbung durch Otakar ob des Krieges mit Ungarn nicht zur Ruhe gekommen war, zu regeln und im Lande selbst, nachdem es zugleich so wohl arrondirt war, Ordnung zu schaffen. Dieser Landfriede brachte sie. Wir sehen, Otakar greift nunmehr energisch da ein. Die Verordnungen gegen widerrechtliche Ausnützung der Vogtei ¹⁾ und den Burgenbau ²⁾ entsprachen ebenso einem dringenden Bedürfnis der damaligen inneren Lage Oesterreichs, wie die Revindication des landesfürstlichen ³⁾ und geistlichen Besitzes ⁴⁾. Auch die Bestellung von vier oberen Landrichtern zu ständiger Amtsführung wird jetzt besser verständlich. Nicht nur weil eine Neuordnung von solcher Bedeutung immerhin eine längere praktische Erfahrung voraussetzt, es lag damals auch eine ganz bestimmte Veranlassung vor, die solches geradezu zum Bedürfnis werden lassen musste.

Wretschko hat das schon hervorgehoben. Eben damals übernahm Otakar, nach dem Tode seines Vaters Wenzel († Sept. 1253), auch die Herrschaft in Böhmen ⁵⁾, eine Entlastung seiner Stellung als oberster Gerichtsherr in Oesterreich war dringend nöthig.

¹⁾ § 9.

²⁾ § 20 u. 25.

³⁾ § 21.

⁴⁾ § 30. Vgl. dazu diese Zeitschr. 14, 465 ff. u. 18, 276.

⁵⁾ Den Titel König von Böhmen, welchen Wretschko ihm jetzt schon beilegt, führte Otakar erst seit seiner Krönung im J. 1261. Daher ja auch dieses Jahr der späteste terminus ad quem dieses Lfr., dessen Ueberschrift Otakar noch als „dux“ bezeichnet!

So wird die Verwaltung des Landes entsprechend der geänderten Stellung der Landesherren umgestaltet, Oesterreich selbst in zwei Verwaltungssprengel getheilt und als Administrativgrenze für diese der Lauf der Donau festgestellt. Gegenüber dem nördlich von dieser gelegenen Theil, zu welchem damals auch oberösterreichische Gebiete (die Riedmark) gehörten, war das Land im Süden der Donau infolge der Neuerwerbungen, welche der Ofner Frieden brachte, stattlich angewachsen.

Nur um wenige Jahre erscheint die chronologische Zuweisung dieses Lfr. geändert. Aber mit ihr gewinnen wir den Ausblick auf eine viel reichere Landfriedensthätigkeit Otakars, als man bisher annahm. Die Bedeutung der inneren Politik desselben für die Ausbildung der österreichischen Verfassung tritt immer deutlicher hervor ¹⁾.

Wien.

A. Dopsch.

Zur Geschichte der Jahre 1806—1813. Archivalische Mittheilungen von Adolf Beer I. Dr. Karl Woynar erwähnt in seiner im Archiv für österreichische Geschichte (Band 77, S. 444) abgedruckten Arbeit: Oesterreichs Beziehungen zu Schweden und Dänemark in den Jahren 1813 und 1814, der Sendung Knut Bildt's mit Benutzung eines Vortrags von Metternich an den Kaiser vom 24. April 1813, und bemerkt in einer Note, dass die wahrscheinlich ausführliche interessante Note des Sendboten leider nicht zu finden war. Ich besitze seit mehr als zwei Jahrzehnten eine Abschrift; sie lautet:

Monsieur le comte. Votre Excellence me demanda de donner par écrit ce que j'avançois hier dans l'entretien dont elle a bien voulu m'honorer. C'est avec un véritable plaisir que je m'y conformerai, et je crois ne pouvoir mieux manifester la confiance, que Votre Excellence m'inspire par la bonté qu'elle a eue pour moi depuis tant d'années, qu'en lui donnant l'extrait suivant de la dépêche de Son Excellence le ministre d'État et des affaires étrangères, Mr. le comte d'Engeström, au sujet de la mission particulière, que le Roi a daigné me confier auprès de la cour impériale de Vienne:

„Le Roi vous ordonne de demander à Son Excellence Monsieur le comte de Metternich l'honneur d'une audience de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et d'exprimer à ce souverain et à son ministre le désir du Roi, d'agir en commun avec l'Autriche pour le rétablissement de l'ordre et la tranquillité en Europe. La généreuse résolution énoncée par Sa Majesté Impériale d'appuyer de forces formidables les propositions de paix, qu'elle est intentionnée de mettre en avant, et la haute opinion, que la Roi a de

¹⁾ Ich werde darüber demnächst im Zusammenhang an anderem Orte handeln.